Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 12 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/226.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/226. Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4730.

Nr. 35/36. Berlin, Sonnabend, 1. Juni 1918. Fünfzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. — Aufruf! — Die Kleinwohnungsnot. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbande. — Literatur. — Anzeigen.

Delegiertentag des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Am Dienstag, den 21. Mai, begann die Hauptversammlung des Delegiertentages unseres größten Gewerkvereins, der Maschinenbau- und Metallarbeiter, im großen Saale des Verbandshauses in Berlin, nachdem am vorhergehenden Nachmittage in einer Vorversammlung die rein geschäftlichen, vorbereitenden Arbeiten hierzu erledigt waren. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden betraut die Kollegen Gleichauf-Berlin als erster Vorsitzender, Drevert-Hannover und Masell-Gelsenkirchen als Stellvertreter, Flockenhaus-Gevelsberg und Lange-Altenburg als Schriftführer. Als Vertreter des Kriegsamtes nahm Herr Dr. Oppenheimer an der Hauptversammlung teil, ferner Herr Landtagsabgeordneter Kanzow und Herr Stadtverordneter May.

Kollege Gleichauf sprach zunächst über: „Die Lehren des Weltkrieges für die grundsätzliche Stellung der Deutschen Gewerkvereine in der Arbeiterbewegung". Er schilderte einleitend die zahllosen Schwierigkeiten, mit denen die Deutschen Gewerkvereine in den 50 Jahren ihres Bestehens kämpfen mußten, ging dann auf den Gewissenszwang ein, der von anderer Seite vielfach auf die Arbeiterschaft ausgeübt wird, und betonte, daß gerade die in den Deutschen Gewerkvereinen geübte geistige Freiheit und die gegenseitige Duldung politischen Denkens und religiösen Glaubens es seien, wodurch die Mitglieder an die Gewerkvereine gefesselt würden. Der Weltkrieg wird mit seinen tiefeinschneidenden Wirkungen auch eine Wendung auf den bisher geübten Zwang des politischen Denkens der Arbeitermassen hervorrufen. Die Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren haben gezeigt, daß in den Deutschen Gewerkvereinen, im Gegensatz zu den bisherigen Gewohnheiten der freien Gewerkschaften, die gegenseitige Duldung in vollstem Maße ausgeübt worden ist und daß die Gewerkvereine wirklich frei und selbständig denkende Mitglieder erzogen haben, statt der aus Druck und Gewissenzwang gewonnenen Mußmitglieder. Die Notwendigkeit eines gut ausgebauten Unterstützungswesens haben die Gewerkvereine rechtzeitig erkannt, und sie haben die Genugtuung, daß alle anderen Organisationen sich auf den Boden der Gewerkvereine gestellt haben. Es ist ihnen auch im Bewußtsein geblieben, daß die Arbeiter nicht notwendigerweise in prinzipielle Gegenschaft zu den Arbeitgebern und dem Staatsganzen gestellt werden brauchen; das wird erwiesen durch das Vorhandensein gemeinsamer Interessen bei der Festlegung von Handelsverträgen u. a. Der Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern tritt erst ein, wenn es sich um die Regelung der Arbeitsverhältnisse handelt. Hier hat die Kriegszeit dazu geführt, daß die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung im Zeichen des Burgfriedens einander näher gekommen sind und gemeinsam den Arbeiterinteressen dienen konnten. Der vaterländische Gedanke hat an Boden gewonnen, und der von den Gewerkvereinen seit ihrer Gründung vertretene Standpunkt, wonach zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gemeinsame Verhandlungen, auf gegenseitiger Anerkennung beruhend, sehr wohl möglich und auch nutzbringend seien, hat sich gerade während der Kriegszeit als richtig und erfolgversprechend erwiesen. Die Grundauffassungen der Gewerkvereine haben weitere Verbreitung gefunden; es sei deshalb notwendig, am Ausbau der Gewerkvereine mit neuer Energie weiterzuarbeiten. Es dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Mitglieder der Deutschen Gewerkvereine auch ihre Pflichten als Staatsbürger erfüllen müssen.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne in der Kriegszeit" sprach Czieslik-Duisburg, der darauf hinwies, daß über die Arbeiterverdienste während der Kriegszeit die fabelhaftesten Gerüchte entstanden sind. Gewiß seien die Löhne in die Höhe gegangen, in einzelnen Fällen würden auch recht hohe Spitzenlöhne, sogenannte Kriegsblüten, erzielt. Die Facharbeiter in ihrer großen Zahl erhalten aber diese hohen Spitzenlöhne nicht. Wären die Löhne nicht erhöht worden, dann wäre allerdings der Krieg beendet, aber auch verloren gegangen. Dann hätten die Arbeiter infolge der ungeheuren Teuerung die ihnen auferlegten Leistungen nicht ausführen können. Die Berichte der Berufsgenossenschaften ergeben Lohnsteigerungen von 12—28 Prozent. An der Hand eines umfangreichen Materials wies der Redner nach, daß die heutigen Tagesverdienste in der Eisenindustrie im Durchschnitt nicht über 8—9 Mk. je Tag betragen. Wir müssen lebhaft bedauern, wegen der durch den Krieg verursachten Papiernot die wertvollen Ausführungen Czieslikks nicht wiedergeben zu können. Sie bieten so vorzügliches Material über die Lohnfrage, daß ihre Bekanntgabe für die breite Oeffentlichkeit wohl angebracht wäre. Die gewaltigen Mehrleistungen der Schwereisenarbeiter haben unsere Kriegführung und Vaterlandsverteidigung überhaupt erst ermöglicht. Da sei es doch ganz selbstverständlich, daß höhere Löhne gewährt werden müßten, zumal die Preise für alle Bedarfsgegenstände, insbesondere auch für die Arbeiterkleidung, riesenhaft in die Höhe gegangen seien und die Krankheitsziffern erschreckend anschwellen. Die gegen die Arbeiterschaft erhobenen Vorwürfe, daß sie nicht mit dem verdienten Lohn zu wirtschaften verstände, werden durch die in der Kriegszeit erfolgten Sparkasseneinlagen hinreichend widerlegt. Die Veröffentlichung der Gewinne der großen Eisenwerke geben klar zu erkennen, daß die Industrie ohne irgend welche Schwierigkeiten in der Lage ist, höhere Löhne zu zahlen, soweit die Kriegsindustrie in Frage kommt. Für die Zukunft bestehe die große Gefahr willkürlicher Lohnsenkungen durch die Arbeitgeber, die schwere Kämpfe befürchten lassen. Deshalb sei eine Aufrechterhaltung der obligatorischen Arbeiterausschüsse und ein Ausbau des Einigungswesens notwendig. Zu fordern sei bezüglich der Frauenarbeit, daß für gleiche Leistungen auch der gleiche Lohn gezahlt und die Frau als Arbeiterin nicht zum Konkurrenten des Mannes und zum Lohndrücker wird. Das Ideal einer Lohnregelung sei die Einführung von Tarifen, die aber leider in der Großindustrie an dem Widerstand der Unternehmer scheitert.

Der Delegiertentag nahm hierauf folgende Entschließungen einstimmig an:

„1. Die Deutschen Gewerkvereine haben seit ihrer Gründung an dem Gedanken festgehalten, daß die Arbeiterschaft ein gleichberechtigter Teil des Staatsganzen ist, daß sie volles Anrecht auf ihre Anerkennung im Staatswesen geltend machen kann und daß sie sich deshalb nicht als ein abseitsstehender Teil des ganzen Volkes betrachten darf.

Ebenso haben die Deutschen Gewerkvereine zuerst den Grundsatz vertreten, daß auch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern volle Gleichberechtigung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen soll und daß zur Beilegung von Streitigkeiten ein gut ausgebautes Einigungswesen vorhanden sein muß, beginnend mit obligatorischen Arbeiterausschüssen bis hinauf zu einem Reichseinigungsamt.

Nachdem lange Jahre hindurch diese grundlegenden Forderungen der Deutschen Gewerkvereine von anderer Seite mehr oder weniger lebhaft bekämpft wurden, hat die Entwicklung der Verhältnisse, besonders in der Kriegszeit, bewirkt, diese grundlegenden Forderungen einer fast allgemeinen Anerkennung entgegenzuführen. Das führt erneut zu der Erkenntnis, daß die Deutschen Gewerkvereine als eine wahrhaft freiheitlich-nationale Arbeiterorganisation ihren Weg richtig erkannt haben, und daß für sie keine Notwendigkeit vorliegt, eine Aenderung ihrer Auffassung in diesen Dingen vorzunehmen.

Der 17. Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter erklärt daher, daß es Aufgabe aller einzelnen Glieder des Gewerkvereins ist, unentwegt an der Entwicklung, der Förderung und dem Ausbau ihrer Organisation mitzuarbeiten. Er erwartet aber auch, daß von den verantwortlichen Stellen im Reich, Staat und Gemeinde den berechtigten Forderungen in der bezeichneten Richtung die notwendige Geltung verschafft und daß die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, deren Leistungen während des Krieges dem Vaterlande unschätzbare Dienste erwiesen haben, in die Tat umgesetzt werde."

2. „Der Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter weist mit Entschiedenheit die übertriebenen Gerüchte von einer fabelhaften Steigerung der Löhne der Metallarbeiter zurück. Diese Gerüchte gehen hauptsächlich von Kreisen aus, die in keiner Fühlung mit der Arbeiterschaft stehen und schon zu Friedenszeiten vielfach bemüht waren, notwendige Lohnaufbesserungen der Arbeiterschaft zu verhindern.

Demgegenüber stellt der Delegiertentag fest, daß zwar umfangreiche Lohnsteigerungen eingetreten sind, diese aber weit hinter den fortgesetzt gestiegenen Kriegspreisen für Lebensmittel und alle anderen Gegenstände des täglichen Lebens zurückgeblieben sind und auch heute noch keinen Ausgleich für die Teuerung bieten.

Der Gewerkverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter betrachtet es deshalb als seine wichtigste Aufgabe, Verdiensterhöhungen anzustreben, die der allgemeinen Preissteigerung und den erheblichen Mehrgewinnen der Industrie entsprechen.

Die hohen Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel werden nach dem Urteil maßgebender Behörden noch lange Zeit nach Friedensschluß fortbestehen. Andererseits sind sichere Anzeichen dafür vorhanden, daß mit Kriegsende willkürliche Lohnsenkungen seitens der Arbeitgeber vorgenommen werden. Hieraus ergibt sich zweifellos die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Kämpfe in der Uebergangszeit, die geeignet sind, unser gesamtes Wirtschaftsleben in seiner Tiefe zu erschüttern.

Angesichts dieser Befürchtungen ersucht der Delegiertentag die hohe Reichsregierung, bei den Arbeitskammern auch besondere Lohnämter einzuführen. Sie sollen unter Berücksichtigung der allgemeinen Preislage für solche Industriezweige, für die noch keine Tarifverträge bestehen, periodisch für Beruf und Alter verschiedene Minimallöhne festsetzen und ihre Innehaltung beaufsichtigen."

Hierauf erstattete der Vorsitzende Gleichauf den Tätigkeitsbericht über die zurückliegende Kriegszeit, unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die dem Gewerkverein bei Kriegsausbruch entstanden, die aber überwunden worden sind und durch ein erfreuliches Aufblühen der Bewegung abgelöst werden konnten. Die Mitgliederzahl ist auf über 46 000 gestiegen und ist jetzt höher als

vor Kriegsausbruch, ungeachtet der im Heeresdienst stehenden Kollegen.

Der Hauptkassierer Strubelt konnte die erfreuliche Tatsache feststellen, daß sich die finanziellen Verhältnisse des Gewerkvereins recht günstig gestaltet haben. Wir haben bereits in der vorhergehenden Nummer des „Gewerkverein" hierüber einige Zahlen veröffentlicht und verweisen hierauf.

Der Hauptrevisor Lipke konnte lediglich die Korrektheit der Geschäftsführung des Hauptkassierers und des Hauptvorstandes feststellen, wonach der Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt wurde.

Von den Beschlüssen über die Aenderung der Satzungen ist hervorzuheben, daß der Gewerkverein in Zukunft den Namen „Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker)" führen soll. Das ist nicht nur der Kürze wegen geschehen, sondern auch deshalb, weil alle Metallarbeiter als Mitglieder aufgenommen werden können, und daß deshalb die Doppelbezeichnung „Maschinenbau- und Metallarbeiter" nicht mehr am Platze sei. Dieser Beschluß ging den Beratungen über die weitere Ausgestaltung des „Regulator" und der Beratung über die Agitation voraus, um auf ihm fußend, die weiteren Beratungen darauf einzurichten.

Ueber die Ausgestaltung des „Regulator" konnten mit Rücksicht auf die Kriegszeit und den Papiermangel keine tiefgreifenden Aenderungen beschlossen werden; nur soll dieses Blatt nach dem Kriege ein handlicheres Format erhalten sowie Wissenschaftler und auch die Bezirksleiter mehr zur Mitarbeit herangezogen werden.

Die einleitenden Vorträge über die zukünftige Agitation hielten die Kolleaen Trabert-Berlin und Vorrath-Elbing. Nach einer sehr eingehenden und gründlichen Aussprache wurde hierzu folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der 17. ordentliche Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter erkennt die Notwendigkeit der weiteren Anstellung freigestellter Beamten behufs tatkräftiger Agitation wie energischer Vertretung der Interessen der ihm angeschlossenen Arbeiter an.

Von der Erwägung ausgehend, daß aller Voraussicht nach nach dem Kriege große Anforderungen, sei es in Gestalt von Unterstützung für Arbeitslose oder infolge Abwehr geplanter Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an die Hauptkasse des Gewerkvereins gestellt werden, empfiehlt derselbe folgendes:

An Orten, wo mindestens 350 Mitglieder vorhanden sind, muß die Anstellung von Geschäftsführern erfolgen.

Die Hauptkasse gewährt einen Zuschuß von 200 Mk. pro Monat. Alle anderen Ausgaben sind örtlich zu tragen.

Werden die Mittel zur Anstellung von Geschäftsführern von einem Bezirk aufgebracht, so hat auch der Bezirk die Fahrgelder und Entschädigungen des Geschäftsführers zu tragen, wenn derselbe außerhalb des Ortes für den er angestellt ist, arbeitet."

Die Notwendigkeit einer parlamentarischen Vertretung wurde bei der Beratung über Agitation mehrfach betont, und um den vom Verband hierfür geschaffenen parlamentarischen Fonds zu stärken, leisteten die Delegierten aus ihren eigenen Mitteln gemeinsam einen Beitrag von 127 Mk.

Hierauf erfolgten die Wahlen der Beamten, der Hauptvorstandsmitglieder, Zentralratsvertreter usw. Die bisherigen Beamten der Hauptleitung Gleichauf, Körner, Strubelt, Trabert, Schumacher, Irrgang und Czieslik, letzterer mit dem Sitz in Duisburg, wurden einstimmig wiedergewählt. Dabei wurde die Aenderung beschlossen, daß als geschäftsführender Beamter nicht mehr der Hauptschriftführer, sondern der Vorsitzende Gleichauf gelten soll. Die Schriftleitung des „Regulator" wurde dem Kollegen Erkelenz übertragen und als stellv. Hauptkassierer der Kollege Salomon-Eulau gewählt. Beide werden ihre Aemter jedoch aus Zweckmäßigkeitsgründen voraussichtlich erst nach Beendigung des Krieges antreten können.

Die Gehälter aller Beamten und Hilfsarbeiter wurden in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse angemessen erhöht.

Um eine den neueren Zeitverhältnissen entsprechende höhere Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Streik, Maßregelung usw. zu ermöglichen, beschloß der Delegiertentag eine neue Beitragsstufe von 75 Pfg. wöchentlich einzuführen. Für diesen Beitrag beträgt die Streikunterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft bis zu 24,60 Mk., die Arbeitslosenunterstützung bis 16,80 Mk. wöchentlich und der Höchstsatz der Uebersiedlungsunterstützung 75 Mk. Es bestehen somit jetzt im Gewerkverein der Metallarbeiter wöchentliche Beitragssätze von 40, 50 und 75 Pfg. für erwachsene männliche Mitglieder. Da die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter kein Streikrecht besitzen und demnach keine Streikunterstützung erhalten können, wurde der Beitrag für diese Gruppe auf 20 Pfg. wöchentlich festgesetzt. Es bleibt diesen Arbeitern jedoch freigestellt, einer höheren Beitragsstufe beizutreten.

Der Raum verbietet es uns, auf weitere Einzelheiten über die Beratungen dieses Delegiertentages, der am Freitag, den 24. Mai, nachm. 6 Uhr, geschlossen wurde, einzugehen. Wir gehen zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es dem rührigen Gewerkverein der Metallarbeiter, mit den jetzt neu geschaffenen Agitationseinrichtungen gelingen möge, seine Mitgliederziffer unaufhaltsam weiter zu vermehren und damit auch seinen Einfluß zu stärken. Wir zweifeln nicht daran, daß das gelingen wird, wenn die innere Geschlossenheit so erhalten bleibt, wie sie es bisher war. Ueber die dem Delegiertentag folgenden Generalversammlungen der Krankenkasse und der Sterbekasse werden wir in der nächsten Nummer berichten. H.

Aufruf!

Deutschland kämpft seinen schwersten Kampf; das Ringen drängt zum Ende. Tausende und Abertausende der Kämpfer in Heer und Flotte kehren zurück, die Glieder verstümmelt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben zurückzugewinnen, ihre Zukunft zu sichern ist Dankespflicht der Heimat. Die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten ist in erster Linie Aufgabe des Reichs und muß es bleiben. Das Reich kann und soll in Erfüllung seiner Pflicht keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden. Aber auch durch weitherzige gesetzliche Regelung der Rentenfragen kann nicht in jedem Falle so geholfen werden, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Sie trägt notwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Starrheit außerstande, dem Bedürfnis und der Dringlichkeit jedes Einzelfalles gerecht zu werden. Es bleiben zahlreiche Fälle übrig, bei denen schnellstens geholfen werden muß, um bittere Not und Verzweiflung abzuwenden. Dies kann nur durch freiwillige Liebestätigkeit geschehen. Sie auszuüben sind die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusammengefaßten Organisationen berufen. Das gewaltige soziale Werk auszubauen ist das Ziel der

Allgemeinen deutschen Volkssammlung für Kriegsbeschädigte
Ludendorff-Spende.

Darum gebt! Macht aus sorgenvollen Opfern des Krieges freudige Mitarbeiter an Deutschlands Zukunft! Ehret die Männer, die für uns kämpften und litten! Nur wenn alle zusammenstehen, wird das hohe Ziel erreicht.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände
Hans Bechly.

Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände
Dr. Höfle.

Bund der Industriellen
Dr. h. c. Friedrichs, Vorsitzender.

Centralverband Deutscher Industrieller
Landrat a. D. Rötger, M. d. A.

Deutscher Arbeiterkongreß
Franz Behrens, M. d. R.

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag
Obermeister Plate, M. d. H.

Deutscher Industrie- und Handelstag
Der Präsident Dr. Kaempf.

Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands
Karl Legien, M. d. R.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
Adam Stegerwald, M. d. H.

Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie
Der Präsident Dr. Riesser, M. d. R.

Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands
Jensen.

Polnische Berufsvereinigung
Josef Rymer.

Verband der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.)
Gustav Hartmann, Stadtverordneter.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Dr. Sorge, Mitglied des Direktoriums der Fried. Krupp A.-G.

Diesem Aufruf möchten wir noch hinzufügen, daß schon in den nächsten Tagen überall die Sammellisten aufgelegt werden. Von den Betrieben erhalten sie die Arbeiterausschüsse, welche die Sammlungen leiten. Wieviel jeder geben will, bleibt ihm überlassen. In vielen Betrieben wird man sich wohl über die Höhe der Spende des Einzelnen verständigen. Vielleicht wird ein bestimmter Betrag festgestellt, vielleicht der Ertrag einer Arbeitsstunde, oder welchen Weg man sonst einschlagen will. Jedenfalls ist zu wünschen, daß im ganzen eine recht hohe Summe zusammenkommt. Deshalb richten wir auch an die Gewerkvereinskollegen die dringende Bitte, daß sie, wenn an sie der Ruf zur Einzeichnung in die Sammellisten erfolgt, nicht hinter den übrigen Arbeitskollegen zurückstehen, sondern ihren Verhältnissen entsprechend ihr Scherflein beitragen. Die Kriegsbeschädigten haben für uns alle so viel getan, daß von uns dieses kleine Opfer freudig dargebracht werden kann.

Die Kleinwohnungsnot.

Von einem Kollege aus dem Rheinland wird uns geschrieben:

Der Mangel an kleinen Wohnungen wird mit der zunehmenden Dauer des Krieges immer größer und bedroht gleich einem unheimlichen Gespenst in wachsendem Maße unser ganzes wirtschaftliches und soziales Leben. Es ist daher eine unerläßliche Pflicht der Presse, besonders der der Arbeiterorganisationen, unaufhörlich die maßgebenden Behörden und die Oeffentlichkeit auf dieses Uebel hinzuweisen, damit alle im Bereich der praktischen Möglichkeiten liegenden Abwehrmaßnahmen ergriffen und mit Beschleunigung durchgeführt werden.

Das Bestehen der von Monat zu Monat sich steigernden Wohnungsnot, die noch bis vor kurzem von manchen Kreisen geleugnet oder doch nur in verkleinertem Maße zugegeben worden ist, muß nun bedingungslos von allen anerkannt werden. Da man bereits das Feuer unter den Fingern schmerzhaft verspürt, wird man lebhaft und interessiert sich für die Frage. Der Wohnungsmangel muß in einigen Städten bereits einen bedenklich hohen Grad erreicht haben. Hat es doch das Oberhaupt einer norddeutschen Großstadt für notwendig befunden, vor einigen Wochen in der Presse vor Zuzug zu warnen, da keine Unterkunftsräume mehr vorhanden seien. Die Wohnungsfrage wird jetzt in den verschiedenen Verwaltungskörperschaften (Stadtverordnetenversammlungen, Kreis- und Provinziallandtagen, Parlamenten), sowie in zahlreichen Vereinigungen lebhaft und eingehend erörtert und besprochen.

Die Ursachen der Kleinwohnungsnot sind verschieden. Es war bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege ein Ueberfluß an solchen Wohnungen in den Groß- und Industriestädten nicht vorhanden. Die Bautätigkeit hinkte immer hinter der raschen Entwicklung der industriellen Werke und der damit zusammenhängenden Bevölkerungsvermehrung nach, so daß die Nachfrage das Angebot übertraf und ungesunde Zustände auf dem Wohnungsmarkte vorherrschten. Durch den großen Bedarf der Rüstungsindustrie an Arbeitskräften ist während des Krieges ein starker Zuzug von Arbeitern nach den Industriemittelpunkten erfolgt. Auch haben sich viele Familien, in denen infolge des Krieges eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage eingetreten ist, gezwungen gefühlt, kleinere Wohnungen zu beziehen. Somit ist der Bedarf an Kleinwohnungen sehr gestiegen. Andererseits ist fast nichts geschehen, um diesen gesteigerten Bedarf zu decken. Die private Bautätigkeit hat seit Beginn des Krieges ihre Arbeit fast völlig eingestellt. Daher war eine außerordentliche Verschlechterung der schon vor dem Kriege ungünstigen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte unausbleiblich, und die jetzige Notlage hat sich, wie aus Vorstehendem zu ersehen ist, aus ganz natürlichen Verhältnissen heraus entwickelt.

Ich möchte nicht unterlassen, noch auf ein die Not sehr verschärfendes Moment hinzuweisen, das besonders im rheinisch-westfälischen, wie auch im oberschlesischen Industriebezirk häufig beobachtet werden kann. Um die für ihre stark angewachsenen

Arbeitermassen notwendigen Wohnungen zu beschaffen, kaufen die industriellen Werke in großer Zahl private Wohnhäuser auf. Oft gehen ganze Straßenzüge in ihren Besitz über. Die bisherigen Bewohner solcher Häuser müssen, soweit sie nicht bei den Werken beschäftigt sind, dieselben in kurzer Frist räumen. Hierdurch wird die Wohnungsnot ungemein gesteigert, ja sie kann unter Umständen katastrophale Formen annehmen.

Für die Zukunft eröffnen sich uns also keine rosigen Aussichten. Wenn nach Beendigung des Krieges die Millionen unserer feldgrauen Brüder nach der Heimat zurückkehren werden, so wird diese nicht imstande sein, ihnen Unterkunft und Obdach zu gewähren. Sie werden ganz anders gestaltete Verhältnisse vorfinden als bei ihrem Wegzug ins Feld. Für die vielen kriegsgetrauten Paare müssen Heimstätten geschaffen werden. Auch die meisten ledigen Krieger werden das Bestreben offenbaren, sich bald einen eigenen Hausstand zu gründen. Diese Bestrebungen müssen im Interesse einer fruchtbaren Bevölkerungspolitik vom Staate gefördert werden. Angesichts solcher Verhältnisse gilt es, alle vorhandenen Kräfte im Volke aufzumuntern und anzuspannen, um der uns drohenden Gefahr erfolgreich begegnen zu können. Man ist darüber, was dagegen zu ergreifen ist, verschiedener Meinung. Aber daß etwas geschehen muß, und zwar so bald wie möglich, dessen sind sich wohl alle maßgebenden Kreise bewußt.

Von den Abwehrmaßnahmen sind als wichtigste zu nennen die Beschaffung von Baukapital und Bauland sowie von Baumaterialien und Arbeitskräften. Wie ersichtlich, sind dies Maßnahmen, deren erfolgreiche Durchführung nur möglich ist unter weitgehendster Mitbetätigung des Reiches, des Staates und der Gemeinden, zum Teil auf der Grundlage neu zu schaffender Gesetze. Den in Frage kommenden Körperschaften ist damit ein großes Arbeitsfeld zugewiesen. Es gilt wichtige, die Lebensfähigkeit unseres Volkes berührende Fragen zu lösen. Da darf man wohl annehmen, daß ein jeder von den zur Lösung Berufenen nach seinem besten Können und seiner Kraft beitragen wird. Diese Arbeit ist wohl in erster Reihe des Schweißes der Edelsten unseres Volkes wert. Gilt es doch nichts weniger, als die Daseinsbedingungen zu schaffen für die Familie, also für die Grundlage des Staates. In welcher Weise die genannten Maßnahmen auszuführen sind, um erfolgreich zu sein, soll hier nicht eingehender besprochen werden, weil es über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen würde. Nur soviel soll bemerkt werden, daß verschiedene Wege begangen werden können. Sie sind als die wichtigsten von allen zu ergreifenden Maßnahmen anzusehen und bei sachgemäßer Anwendung bleibt ein befriedigender Erfolg gewährleistet.

Neben diesen gibt es aber noch verschiedene Hilfsmittel, die nur vorübergehend für kürzere Zeit angewendet werden können und mehr oder minder begrenzte Teilerfolge erwarten lassen. In den maßgebenden Kreisen und in der Presse sind von diesen bereits eine ziemliche Anzahl genannt worden. Angesichts der feststehenden Tatsache, daß sich die großen Hindernisse zur Entfaltung einer regen Bautätigkeit nicht in kurzer Zeit werden aus dem Wege räumen lassen, wäre es wohl nicht angebracht, diese Hilfsmittel von der Hand zu weisen. Nur darf in Anbetracht ihres provisorischen Charakters der Blick von den zuerst genannten durch sie nicht abgelenkt werden. Als Hilfsmittel dieser Art sind vorgeschlagen worden die Benutzung von Keller- und Dachräumen, Schulen, Turnhallen, leerstehenden Sälen und Läden sowie die Zerteilung unbenutzter großer Wohnungen in kleine. Mit Ausnahme des letzten weisen diese Vorschläge mehr oder minder große Nachteile für die durch sie Betroffenen auf. Wie groß die Gefahren für die Gesundheit der Bewohner von Kellerräumen, in die weder Luft noch Licht Zutritt haben, sind, ist allgemein bekannt, und es erübrigt sich wohl, hier näher auf sie einzugehen. Durch die Benutzung der Schulen und Turnhallen werden diese Räume den Zwecken, deren sie zu dienen bestimmt sind, entzogen, was der Erziehung der Jugend ganz sicher nicht zum Vorteil gereicht. Eher kann man sich schon mit dem Gedanken, die Säle als Wohnräume zu benutzen, befreunden. Da ja nicht anzunehmen ist, daß sofort nach Beendigung des Krieges die Festlichkeiten in dem früher üblichen Maße wieder gefeiert werden, so könnten die Saalinhaber auf diese Weise aus ihren sonst leerstehenden Räumlichkeiten auch etwas herauswirtschaften. Natürlich könnten da nur alleinstehende Personen, nach Geschlechtern getrennt, untergebracht werden.

Die Zerteilung leerer großer Wohnungen in kleine dagegen könnte innerhalb gewisser Grenzen merkliche Abhilfe schaffen. Nur dürfte bei der durch den Krieg von Grund aus veränderten wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen Besserung der Lebenshaltung gewisser Kreise unseres Volkes, die überall das Bestreben offenbaren, mit dem leichtverdienten Reichtum zu protzen, die Zahl der unbenutzten großen Wohnungen nicht allzu erheblich sein, trotzdem andererseits viele bisherige Mieter solcher Räume sich nun mit kleineren begnügen müssn. Höchstwahrscheinlich würden sich auch die Besitzer der in Frage kommenden Häuser gegen die Umsetzung dieses Gedankens in die Tat sehr energisch wehren, weil dadurch der Wert der Gebäude erhebliche Einbuße erleiden würde. Aber das Wohl des Einzelnen kann in einer so wichtigen Frage den Ausschlag nicht geben, sondern es muß hinter das der Allgemeinheit zurücktreten. Das haben wir ja alle während des Krieges schon oft fühlen müssen.

Einen Gedanken, der hier und da in der Presse schon aufgetaucht ist, möchte ich nicht unerwähnt lassen, sondern ihn in diese Kette gleichsam als Schlußglied einreihen. Ich meine die Rationierung der Wohnungen. Nun würde sich natürlich diese Maßregel nicht so weitgehend durchführen lassen, daß für eine jede Familie die Größe der Wohnung nur von der Zahl der Familienglieder abhängig wäre. Dies ist ein verkehrter, in der Wirklichkeit nicht ausführbarer Gedanke. Wohl aber könnten die Inhaber großer Wohnungen, besonders die alleinigen Bewohner der vornehmen Villen dazu angehalten werden, einen Teil ihrer ausgedehnten Räumlichkeiten, hinreichend für eine Familie, an eine solche abzulassen. Es ist doch wohl nicht notwendig, daß in einer Zeit, da manch ein Familienvater nicht weiß, wo er für sich und die Seinigen nur das notdürftigste Obdach suchen und auftreiben soll, kleine Familien, die während des Kriegs durch denselben steinreich geworden sind, über eine Flucht von Zimmern, oft sogar über ein ganzes Gebäude allein zu verfügen haben. Es ist eine heilige Pflicht des Staates, den heimkehrenden Verteidigern unseres Vaterlandes, das sie mit ihrem Leben beschützt haben, eine Heimstätte zu beschaffen, in der sie nach den vielen Mühseligkeiten und Strapazen dieses langen Feldzuges, wieder vereint mit den Ihrigen ein menschenwürdiges Dasein führen können. Es ist daher wohl kein unbilliges Verlangen, daß diejenigen, die über Ueberfluß verfügen, davon etwas abgeben an die Darbenden. Werden sie es nicht freiwillig tun wollen, dann muß sie der Staat dazu zwingen. Wir haben ja während der Kriegszeit schon manchen Zwang und Eingriff in die persönliche Freiheit hinnehmen müssen; dieser wäre wohl bei weitem nicht der unerträglichste. Nur etwas guter Wille und ein wenig Verständnis für die Not der Menschen gehören dazu.

Bei der Umstellung unserer Industrie auf die Friedenswirtschaft wird ja zweifellos ein Teil der jetzt beschäftigten Arbeiter, in erster Linie die fremden Elemente, entlassen und nach der Heimat befördert werden. Hierdurch wird wohl eine kleine Milderung der Wohnungsnot eintreten, die sich aber in engen Grenzen halten wird. Immerhin soll aber auch dieses Moment hier erwähnt werden.

Ich wiederhole noch einmal, daß alle diese Vorschläge nur als Hilfsmittel zu betrachten sind, die die große Not nur etwas und für kurze Zeit zu lindern vermögen. Als das einzige Mittel, sie soweit abzuwehren, als es im Bereich der menschlichen Kraft überhaupt möglich ist, kann nur die Beschaffung neuer Wohnungen betrachtet werden. Freilich können Häuser nicht über Nacht aus Nichts aus der Erde herauswachsen. Wir müssen die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen und dürfen die bestehenden Schwierigkeiten nicht unterschätzen. Es fehlt an allem, was zum Bauen notwendig ist, in erster Linie Material und Arbeitskräfte. Darum müssen die am Anfang dieses Aufsatzes als wichtigste bezeichneten Abwehrmaßnahmen so rasch wie möglich begonnen werden. Jeder Tag, der unbenutzt dahineilt, vergrößert die Not.

An der Lösung dieser für unser ganzes Volk so überaus wichtigen Aufgabe wollen auch die Arbeiter und ihre berufenen Organisationen mitarbeiten und nach Kräften zu einem guten Gelingen beitragen. Großes steht hier für uns alle auf dem Spiele! Vermögen wir einem jeden ein Heim zu verschaffen, in dem er nach des Tages Arbeit und Mühe mit den Seinigen nach freiem Ermessen schalten und walten kann, so bereiten wir damit die Grundlage für eine glückliche Entwicklung unserer Volkskraft. Mögen hernach die Stürme, die gewiß nicht ausbleiben werden, an dem Bau unseres Staatskörpers rütteln und schütteln. Steht er auf einem festen Grund, so werden sie ihm nichts anzuhaben vermögen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 31. Mai 1918.

Was wird nun? Das preußische Abgeordnetenhaus hat in allen drei Lesungen das von der Staatsregierung beantragte gleiche Wahlrecht abgelehnt. Weder das Versprechen des Königs, noch die Drohung mit der Auflösung hat die jetzigen Machthaber veranlassen können, ihren Widerstand gegen die zeitgemäße Wahlrechtsreform aufzugeben. Die zuständigen Minister haben sich gewiß alle Mühe gegeben, diesen Widerstand zu brechen. Es ist ihnen nicht gelungen. Was nun? Die Erwartung, daß die Regierung nun sofort zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten würde, hat sich nicht erfüllt. Man will erst noch die Entscheidung des Herrenhauses abwarten, von dem man noch eine Lösung zu erhoffen scheint, die auch dem Abgeordnetenhause annehmbar ist.

Wir vermögen diese Hoffnung nicht zu teilen. Der Gedanke, daß das Herrenhaus schließlich eine vernünftige Wahlrechtsreform zustande bringt mit dem gleichen Wahlrecht, ist für uns unfaßbar. Auch die preußische Staatsregierung sollte ihre Leute genau genug kennen. Hätte sie nach der dritten Lesung das Abgeordnetenhaus aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, so hätte sie unter allen Umständen eine wahlrechtsfreundliche Mehrheit bekommen. Das wissen die Wahlrechtsgegner auch ganz genau und haben es unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Trotzdem haben sie das gleiche Wahlrecht abgelehnt, offenbar weil sie der Regierung den Mut zu einer Auflösung nicht zutrauen. Einen solchen Verdacht darf eine starke und zielbewußte Regierung unter keinen Umständen auf sich ruhen lassen. Sie muß noch jetzt die Auflösung des Abgeordnetenhauses vornehmen, wenn nicht noch in letzter Stunde — was unseres Erachtens nicht zu erwarten ist — nach den Beschlüssen des Herrenhauses ein völliger Umschwung eintritt. Das Volk hat einen berechtigten Anspruch auf das gleiche Wahlrecht und wird ihn durchzusetzen wissen. Ist es nicht anders zu erreichen als durch eine Auflösung des Abgeordnetenhauses, nun so muß dieser Weg beschritten werden, und zwar so bald wie möglich. Die Unruhe, die durch Neuwahlen erzeugt wird, dürfte nur ein leises Säuseln sein im Vergleich zu dem Sturm der Entrüstung, der das preußische Volk durchbrausen würde, wenn das feierliche Versprechen des Königs nicht eingelöst würde.

* * *

Der Tod des Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf löst auch in den Kreisen der Gewerkvereine warme Anteilnahme aus. Hat doch dieser vortreffliche Mensch, dem es vergönnt war, die höchsten Ehrenämter zu bekleiden, die einem Bürger zugänglich sind, auch für die Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft und insbesondere unserer Organisation stets das regste Interesse bekundet. Er ist sich offenbar immer bewußt geblieben, daß er selbst aus den einfachsten Verhältnissen sich hat emporarbeiten müssen. Fleiß und eiserner Wille, Pflichttreue und Charakterfestigkeit sind die Eigenschaften, die dem Entschlafenen den Weg durch das Leben empor zu den höchsten Ehrenstellen gebahnt haben. Aber trotz aller Auszeichnungen, die diesem Manne in so reichem Maße zuteil geworden sind, hat er sich bis zu seinem Tode eine Schlichtheit der Denkweise bewahrt, die ihn für jedermann zugänglich machte.

Den Deutschen Gewerkvereinen ist er besonders nahe getreten, als er bei der Trauerfeier für unseren unvergeßlichen Anwalt Dr. Max Hirsch diesem im Namen der Humboldt-Akademie einen warm empfundenen Nachruf widmete. Und i. J. 1912, mitten im heftigsten Wahlkampfe, weilte er in unserer Mitte im Verbandshause, um gemeinsam mit uns zu beraten, wie man einer höheren Volksbildung in den Kreisen der Arbeiter die Bahn ebnen könne. Diese und andere Vorgänge haben uns in Dr. Kämpf einen treuen Freund unserer Bestrebungen erkennen lassen, und wie die Deutschen Gewerkvereine alle Ehrungen und Auszeichnungen dieses wackern Mannes freudig mitempfunden haben, so fühlen sie jetzt an seinem Grabe den Schmerz über den Verlust eines Volks-

mannes, der allezeit zu den besten gerechnet werden und dessen Andenken deshalb nie erlöschen wird.

* * *

Ein preußischer Staatskommissar für das Wohnungswesen. Zur Bekämpfung der drohenden Wohnungsnot sind in Preußen die Befugnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens, die bisher auf fünf verschiedene Ministerien verteilt waren, nunmehr dem Ministerpräsidenten übertragen und ihm zur Bearbeitung der einschlägigen Angelegenheiten als ständiger Vertreter ein Staatskommissar für das Wohnungswesen beigegeben worden. Dieses Amt ist gleichzeitig dem Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dr. Frhr. v. Coels v. der Brügghen übertragen worden.

Damit ist insofern ein wichtiger Fortschritt erzielt, als wenigstens der bisherigen Zersplitterung auf dem Gebiete des Wohnungswesens, die jede Förderung verzögern und lähmen mußte, ein Ziel gesetzt worden ist. Zu den besonderen Obliegenheiten des neuen Staatskommissars werden gehören: das Baupolizeiwesen mit dem Städtebau, das Kleinwohnungswesen, die Baugenossenschaften, die Kommunalaufsicht, soweit sie mit dem Wohnungswesen zusammenhängt, insbesondere also die Wohnungsaufsicht, die Mieteinigungsämter, die sozial- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Wiederaufbau von Ostpreußen, der städtische Grundkredit, die städtischen Siedlungsgesellschaften usw. Auf allen diesen Gebieten stellt auch das neue Wohnungsgesetz zahlreiche Aufgaben, die sofortige Lösung heischen.

Damit ist die Notwendigkeit der Schaffung des neuen Postens, die allseitig freudig begrüßt werden wird, deutlich genug bewiesen. Aber die Gefahr einer Wohnungsnot ist damit noch längst nicht beseitigt. Dazu sind einschneidendere Maßnahmen erforderlich. Hoffentlich erweist sich der neue Staatskommissar als der richtige Mann an seiner Stelle, der weitblickend, aber auch energisch sofort diejenigen Schritte tut, die zur Abwendung wenigstens der größten Not jetzt notwendig sind. Zeit hat er nicht mehr zu verlieren.

* * *

Die Frage der Frauenarbeit in der Kriegs- und in der Uebergangswirtschaft wird Gegenstand der Verhandlungen auf einer gemeinsamen Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen sein, die am 20. und 21. Juni in Berlin stattfinden wird. Die „Frauenfrage in der Kriegswirtschaft" wird Dr. Gertrud Bäumer behandeln; die „Rohstoffversorgung in der Kriegswirtschaft" Geh. Reg.-Rat Dr. Wiedenfeld. Das einleitende Referat über die Probleme der Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft hat Dr. Marie Elisabeth Lüders übernommen. Die Unterreferate liegen, soweit die Arbeiterinnen in Betracht kommen, in den Händen von Dr. Hilde Oppenheimer, für die Angestellten von Clara Mleinek und für die höheren Berufe von Dr. Hildegard Radomski. Die Wege zur Lösung dieser Probleme wird einleitend Dr. Alice Salomon behandeln. Ueber „Arbeitsnachweis" wird Berta Delbrück, über „Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge" Dr. Käte Gaebel, über „Arbeiterinnenschutz" Anna Schmidt und über „Soziale Fürsorge" Hildegard von Gierke reden. Den Schluß der Tagung bildet ein Referat von Dr. Marie Baum über „Aufgaben und Bedeutung einer Reichszentrale für Frauenarbeit".

Ueberaus wichtige Fragen sind es also, die auf dieser Konferenz erörtert werden. Die Namen der Referentinnen bürgen auch für eine gründliche Behandlung. Die Deutschen Gewerkvereine, die dem Ständigen Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen korporativ angeschlossen sind, werden der Tagung deshalb mit reger Aufmerksamkeit folgen.

Aus dem Verbande.

Forst (Lausitz). Zur Errichtung öffentlicher paritätischer Arbeitsnachweise. So manche Aenderung ist auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete im Kriege eingetreten. Die Arbeiterorganisationen sind von den höchsten behördlichen Stellen anerkannt, und ihre Vertreter haben durch ihre praktische Mitarbeit auf allen Gebieten bewiesen, daß es ihnen ernst ist mit dem Zusammenwirken der Heimarmee und unserer braven Soldaten im Felde. Aber immer noch gibt es Volksteile, die anscheinend aus der Zeit nichts gelernt haben, und denen auch die behördliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen nicht in den Kram paßt, die daher in jeder Weise versuchen, die Vorwärtsentwicklung auf sozialpolitischem und volkswirtschaftlichem Gebiete zu hemmen. Dies ist auch der Fall hinsichtlich der Arbeitsvermittlung. So besitzt unsere wichtige Industriestadt noch einen einseitigen Arbeitsnachweis der Textilindustriellen, zu dem man auch die Handwerksmeister zugezogen hat. Doch hat für letztere der Nachweis so gut wie gar keinen Wert. Wiederholt ist von der organisierten Arbeiterschaft der Versuch unternommen worden, einen öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten. Aber der Arbeitgeber-Verband der Textilindustriellen hat sich diesen Bestrebungen stets energisch widersetzt.

In neuester Zeit nun hat sich der Verband der Märkischen Arbeitsnachweise an die Königliche Regierung in Frankfurt a. O. gewandt und in einer umfangreichen Eingabe die Notwendigkeit der Errichtung eines öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises nachgewiesen. Die Königliche Regierung ist der Frage näher getreten und hat den Magistrat der Stadt Forst betreffs Errichtung eines öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises zur Aeußerung aufgefordert. Eine Sitzung, an der Vertreter des Magistrats, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnahmen, hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Eigensinnig jedoch blieben die Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes auf dem Standpunkt stehen, daß sie auf ihren Arbeitsnachweis nicht verzichten könnten. Ja, ihr Wortführer erklärte, nur wenn sie durch Gesetz gezwungen werden, würden sie ihren Standpunkt aufgeben. Man hob die Leistungen ihres Nachweises so hoch empor, daß man sagte, ein öffentlicher Nachweis hätte die Arbeit während des Krieges nicht leisten können, die ihr Nachweis geleistet hat. Nun, das war eine billige Behauptung, denn da ein öffentlicher Nachweis am Platze nicht besteht, konnte das Gegenteil nicht bewiesen werden.

Die Arbeiterschaft aber weiß, daß für die Unternehmer der Arbeitsnachweis sehr wichtig ist, weil sie durch diesen den Arbeitsmarkt nach Belieben beeinflussen können. Wie die Unternehmer für die Erhaltung des einseitigen Nachweises kämpfen, wird die Arbeiterschaft den Kampf für die Errichtung eines öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises nicht aufgeben. Einmal muß auch in Forst der Tag kommen, an dem die Unternehmer von ihrem Herrenstandpunkt lassen und der großen breiten Masse der Arbeiterschaft das Recht eingeräumt wird, bei der so wichtigen Angelegenheit der Arbeitsvermittlung durch ihre Vertreter mitsprechen zu dürfen.

Hamburg. Verein Gasterea, intern. Verein für Hotel- und Restaurant-Angestellte E. V., Sitz Hamburg, Ortsverein des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Unserer Mitgliederversammlung vom 22. April wohnte der Kollege Wolnowski von Ortsverbande der Deutschen Gewerkvereine bei. Nach Verlesung des Protokolls und Entgegennahme der Eingänge, darunter zahlreicher Zuschriften aus dem Felde, wurde die programmatische Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform zur Fortführung einer energischen Sozialpolitik zur Kenntnis genommen. Der [als]dann erstattete Kassenbericht vom 1. Vierteljahr [illegible] über die Einnahmen und Ausgaben der Vereins[illegible] und der Krankenkasse (vorm. e. H. 147) des Vereins leg[te] Zeugnis davon ab, daß auch wir durchhalten können. Darauf erstattete Kollege Wolnowski einen eingehend[en] Bericht über die in Bremen stattgefundene Verbands[-]konferenz, welcher in den zu beherzigenden Mahn[-]worten ausklang, angesichts des bald zu Ende gehe[nden] Krieges und siegreichen Friedens, für den weitere[n] Ausbau unseres Verbandes und für die Werbu[ng] weiterer Anhänger tatkräftig mitzuwirken. Ein Vo[r-]schlag unseres Kollegen Stoppel, Geldmittel zu sam[-]meln, um unseren aus dem Kriege zurückkehrende[n] Mitgliedern einen festlichen Empfang zu bereiten, fa[nd] lebhafte Zustimmung.

Karl Münster, Schriftführer.

Adressenänderungen.

Cüstrin (Ortsverb.). P. Belz, Kassierer, [illegible]bauerstraße 46.

Wilhelmshaven (Ortsverb.). R. Depperz, Vo[r-]sitzender, Luisenstr. 13. G. Noormann, [illegible]führer, Ostfriesenstr. 30 II.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren

Georg Wegener. Der Wall von Eisen und Feuer. Zweiter Teil: Champagne-Verdun-Somme. Groß[e] Ausgabe. 400 Seiten mit 81 Abbildungen. Leipzig: F. A. Brockhaus. 1918. Geheftet 10 Mk. Gebunde[n] 12 Mk.

Dieser zweite Band umfaßt die kriegerischen Ereignisse vom Sommer 1915 bis Ende 1916, bis zu dem hochsinnigen Friedensangebot unseres Kaisers, das von unseren Gegnern mit Spott und Hohn beantwortet wurde. Die Kämpfe in der Champagne Herbst 1915, unser Angriff auf Verdun und die Schlacht an der Somme 1916 bilden die drei gewaltigen Höhenpunkte, die sich durch des Verfassers packende Gestaltungskraft und glänzende Schilderungskunst zu einem einheitlichen Kriegsdrama zusammenschließen. Jeder Akt dieses erschütternden Dramas ist reich an Episoden ernster und versöhnender Art, an farbensprühenden Bildern aus dem reizvollen landschaftlichen Milieu der besetzten Gebiete, an stimmungsvollen Ruhepunkten im Gedenken der Heimat und der nie untergehenden Welt der Kunst und Schönheit und an hinreißendem Pathos, das uns immer wieder mit dankbarer Ehrfurcht vor den Heldentaten unserer Krieger im Westen durchglüht.

„Gegen die Ungerechtigkeit der Welt können wir ebensowenig an wie gegen ihre Lügen", sagt Wegener in einem Kapitel seines Buches; „wir wollen uns aber wenigstens dessen bewußt sein, was deutsche Begeisterungskraft zustande bringt. Wir sind es den Männern hier draußen schuldig, daß wir wenigstens wissen, was sie tun!" Keiner größeren und schöneren Aufgabe kann dieses Buch Wegeners dienen — den beispiellosen Leistungen des deutschen Heeres, die nie herrlicher als jetzt in die Erscheinung treten, gerecht zu werden in sein „Kriegsziel", und dies Ziel werden die zahlreichen Freunde und Bewunderer, die der erste Band dieses Werks bereits gefunden hat, freudig zu erreichen helfen.

Anzeigen-Teil.

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **5 % Schuldverschreibungen** und **4½ % Schatzanweisungen der VII. Kriegsanleihe** können vom

27. Mai d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W. 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **2. Dezember 1918** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4½% Reichsschatzanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare hierzu sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen für die **I. III., IV., V.** und **VI. Kriegsanleihe** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli, 1. Oktober 1917 und 2. Januar d. Js. fällig gewesenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Mai 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Verantwortl. Redakteur: Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. Druck und Verlag: Goedeke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 118.